
3118/J XXII. GP

Eingelangt am 08.06.2005

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

Anfrage

des Abgeordneten Kai Jan Krainer
und GenossInnen

an die Bundesministerin für Gesundheit und Frauen

betreffend Umsetzung des Verbotes von kosmetischen Mitteln, die DEHP und DBP enthalten

Von einem unabhängigen Labor wurde festgestellt, dass noch immer 4 Parfums, die die gefährlichen Wirkstoffe DEHP und DBP enthalten, auf dem österreichischen Markt vorhanden sind. Der Verkauf von kosmetischen Mitteln, die DEHP und DBP enthalten, ist seit 1. April 2005 EU-weit verboten.

Die EU hat festgestellt, dass DEHP „das Kind im Mutterleib schädigen kann“. Andere internationale Studien ergaben, dass spezielle Umweltchemikalien wie Phthalate die Verringerung der Spermienzahl bis hin zur Unfruchtbarkeit bewirken können. Die Europäische Kommission stuft DEHP daher als schädlich für die Fortpflanzung und Entwicklung ein.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an die Bundesministerin für Gesundheit und Frauen nachstehende

Anfrage:

- 1) Sind Ihnen die Testergebnisse der Umweltorganisation Greenpeace betreffend „gesundheitsgefährdende Phthalate bekannt?
- 2) Wie beurteilen Sie die Auswirkungen der Phthalate DEHP und DBP auf das menschliche Hormonssystem?
- 3) Beabsichtigen Sie, die von Greenpeace untersuchten Parfums, bei denen das Phthalat DEHP nachgewiesen wurde vom Markt nehmen zu lassen?
- 4) Falls ja, wann?
- 5) Falls nein, warum nicht?
- 6) Warum wurde bis dato seitens Ihres Ministeriums nicht auf die Ergebnisse dieser Parfumtests reagiert?

- 7) Beabsichtigen Sie ein Sondertestprogramm für kosmetische Mittel durch Ihr Ministerium bzw. die AGES durchführen zu lassen, um festzustellen ob weitere Produkte am Markt sind die der neuen EU-Gesetzgebung nicht genügen?
- 8) Falls ja, wann wird dieses gestartet?
- 9) Falls nein, warum nicht?
- 10) Werden Sie in Ihrer Funktion als Gesundheitsministerin gemeinsam mit Ihren Ministerkollegen Bartenstein und Pröll an den Vorbereitungen des umfassenden REACH - Gesetzes teilnehmen?
- 11) Werden Sie sich in Ihrer Funktion als Gesundheitsministerin im Ministerrat dafür einsetzen, dass Österreich auf EU-Ebene für die Integration des verpflichtenden Substitutionsprinzips in das REACH - Zulassungsverfahren stimmt?